



Medienmitteilung

Zürich, 14. April 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 17. April 2023

Fokusthemen: **Informatik und Geld**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl einer neuen Stellvertreterin des Ombudsmannes über den Bericht über die Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie diskutieren, bevor Schlussabstimmungen zur Wahl des Präsidiums des Steuerrekursgerichts und zu Entschädigungen des Kantonsrates anstehen. Anschliessend sind ein paar Geschäfte traktandiert, die von der GL vorberaten wurden, unter anderem zu einer Lohnbeschränkung für die Spitze der ZKB. Sollte vor Sitzungsende noch Zeit bleiben, wird der Rat über die vorläufige Unterstützung von ein paar parlamentarischen Initiativen entscheiden.

Anja Künzler soll neue stellvertretende Ombudsperson werden

Weil Altkantonsratspräsident Bernhard Egg von seinem Amt als stellvertretender Ombudsmann zurückgetreten ist, wird der Kantonsrat am Montag eine Nachfolgerin wählen. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat einstimmig Anja Künzler, lic. iur., Inhaberin und Mediatorin bei Künzler Partner, Buch am Irchel, zur Wahl als neue Stellvertreterin des Ombudsmannes ([KR-Nr. 103/2023](#)). Für die Suche nach einer geeigneten Person hatte die GL eine vierköpfige Findungskommission unter der Leitung der Kantonsratspräsidentin Esther Guyer eingesetzt. Für das Amt gingen 29 Bewerbungen ein.

Präsidentin der Findungskommission: Esther Guyer (Grüne, Zürich), 079 699 13 45

Fortschritte in der Digitalisierung sind weiter eng zu begleiten

Eine längere Debatte ist am Montag zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Finanzkommission (FIKO) über die Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie und der Strategie Digitale Verwaltung 2019–2023 zu erwarten, obschon der Kantonsrat den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen kann ([KR-Nr. 67/2023](#)). Die Fraktionen nehmen solche Berichte erfahrungsgemäss zum Anlass, um ihre Sichtweise auf spezifische Punkte darzulegen. Die GPK und die FIKO haben in einer gemeinsamen Subkommission die Umsetzung der beiden kantonalen Strategien aus Sicht der Oberaufsicht begleitet und begrüssen die erreichten Fortschritte in der Standardisierung und Zentralisierung der kantonalen Informatik. Es sei jedoch noch zu früh, deren Wirkungen in Bezug auf die Kostentransparenz und den effizienten Mitteleinsatz zu bewerten. Auch die nächste Digitalisierungsphase wird deshalb durch die parlamentarische Oberaufsicht eng begleitet werden.

Präsident Subkommission: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) 079 412 59 66

Kommissionspräsident GPK: Beat Habegger (FDP, Zürich) 076 383 82 35

Kommissionspräsident FIKO: Tobias Langenegger (SP, Zürich) 079 274 09 50

Schlussabstimmungen zu Steuerrekursgericht und Entschädigungen des Kantonsrates

In der zweiten Lesung der beiden Vorlagen zur Wahl des Präsidiums des Steuerrekursgerichts und zur Möglichkeit eines fakultativen Referendums für Entschädigungen des Kantonsrates dürfte es nur noch um formelle, unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO) gehen. In erster Lesung hat der Rat entschieden, dass das Steuerrekursgericht sein Präsidium künftig selber wählen kann ([KR-Nr. 42/2022](#)). Bisher erfolgte die Wahl durch den Kantonsrat. Und über künftige Erhöhungen der Entschädigungen der Kantonsratsmitglieder soll künftig das Volk befinden können, sofern das Referendum ergriffen wird ([KR-Nr. 370/2019](#)).

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Keine Lohnbeschränkung für die Spitze der ZKB

Eine emotionale Debatte ist zur parlamentarischen Initiative (PI) von SP-Kantonsrätin Isabel Bartal zu erwarten, mit der diese, unterstützt von der AL, fordert, dass die Löhne der ZKB-Spitze jene der Geschäftsleitung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nicht übersteigen dürfen. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 4 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-NR. 180/2022](#)). Die Mehrheit der GL ist der Meinung, dass die ZKB als kantonseigene Parlamentsbank unternehmerische Freiheiten benötige, um im freien Markt erfolgreich zu sein. Die Minderheit (SP, AL) beantragt, auf die PI einzutreten und das Kantonalbankgesetz entsprechend zu revidieren. In der ZKB bestehe eine deutliche Tendenz, sich von der eigenen Identität als Volksbank zu entfernen, was der Lohnanstieg von 71,7 Prozent in den Jahren 2011 bis 2022 sichtbar gemacht habe.

GL-Referentin: Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen), 079 789 86 58

Minderheit SP: Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

Herausragende Leistungen mit einem Zukunftspreis honorieren

Mit der Vorlage 5694 hat der Kantonsrat im November 2021 1 Million Franken für einen Zukunftspreis reserviert. Das Geld stammt aus der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat nun einstimmig, ein Reglement zur Vergabe des Zürcher Zukunftspreises zu erlassen und einer entsprechenden Änderung des Kantonsratsgesetzes zuzustimmen ([KR-Nr. 17/2023](#)). Die Gesetzesänderung wurde unter anderem nötig, weil im ursprünglichen Kantonsratsbeschluss nicht ersichtlich war, wer die Verwaltungskosten für die Preisvergabe trägt. Für die Honorierung stehen für maximal 20 Jahre jährlich bis 50'000 Franken zur Verfügung. Mit dem Zürcher Zukunftspreis sollen Personen und Organisationen ausgezeichnet werden, die sich mit herausragenden Leistungen und Projekten, die für Politik, Gesellschaft und nachhaltige Entwicklung des Kantons Zürich zukunftsweisend sind, verdient gemacht haben.

GL-Referent: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Kommissionssitzungen sollen ohne Regierungsbeteiligung möglich sein

Kommissionen sollen an ihren Sitzungen beschliessen können, Beratungen vorübergehend ohne Beteiligung der Regierung und der Verwaltung durchzuführen. Dies forderte der ehemalige Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid, unterstützt von SP und FDP, mit einer

parlamentarischen Initiative (PI). Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten PI betreffend Regierungsbeteiligung an Kommissionssitzungen zuzustimmen ([KR-Nr. 120/2022](#)). Eine Minderheit aus SVP und EVP beantragt, sowohl die ursprüngliche als auch die geänderte PI abzulehnen, weil sie keinen Regelungsbedarf sieht.

GL-Referent: Dieter Kläy (FDP, Winterthur), 079 207 63 22

Minderheit: Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 079 222 27 80

Parlamentarische Initiativen zu Jugendparlament und Steuerermässigungen

Sollte vor Ende der Sitzung noch etwas Zeit bleiben, wird der Rat ein paar parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer PI verlangt SVP-Kantonsrat René Isler, dass eine Alters-Obergrenze von 18 Jahren für das kantonale Jugendparlament eingeführt wird ([KR-Nr. 369/2022](#)). Die PI wird gemeinsam mit jener von Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz behandelt, welche mit Unterstützung der EVP eine Erhöhung der Alters-Obergrenze von 21 auf 25 Jahre fordert ([KR-Nr. 393/2022](#)). Und CSP-Kantonsrat Beat Bloch verlangt mit einer PI, die von den Grünen und der AL unterstützt wird, eine Änderung des Steuergesetzes, damit Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen, die über wenig Vermögen verfügen, bei Kaufkraftverlust Ermässigungen auf den errechneten Steuerbetrag erhalten ([KR-Nr. 392/2022](#)).

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), 079 665 91 71

Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12